



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Kabinett beschließt Aktionsplan zum besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt

Das Kabinett hat heute einen ressortübergreifenden Aktionsplan zum besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt beschlossen. Ziel ist es, bestehende Präventions- und Hilfsangebote zu stärken und besser bekannt zu machen. Zugleich sollen Schutzkonzepte in Einrichtungen ausgebaut und Fachkräfte sowie Ehrenamtliche für den Kinderschutz durch Qualifizierung gestärkt werden.

Sachsen-Anhalts Familienministerin Petra Grimm-Benne sagte nach der Kabinettsitzung: „Der Schutz vor sexuellem Missbrauch steht ganz oben auf der Tagesordnung. Gemeinsam mit allen Ministerien, Sport- und Jugendverbänden ist ein Maßnahmenpaket entstanden, mit dem wir Prävention stärken und Missbrauch verhindern wollen. Wir wollen dafür sorgen, dass Kinder und Eltern erste Warnsignale frühzeitig erkennen. Außerdem stärken wir Fachkräfte und Ehrenamtliche, die mit Kindern arbeiten. Wenn es zu einem sexuellen Übergriff kommt, müssen Betroffene schnell umfassende Beratung und Hilfe erhalten.“

Holger Paech, der als Kinder- und Jugendbeauftragter des Landes die interministerielle Ausarbeitung des Aktionsplans verantwortet, sagte: „Unser erstes Ziel ist es, sexuellen Kindesmissbrauch zu verhindern. Niemand darf Augen und Ohren schließen. Der Staat, aber auch jede und jeder Einzelne in der Gemeinschaft ist gefordert, wachsam zu sein. Gemeinsam mit jungen Menschen erarbeitete Schutzkonzepte für Einrichtungen und Angebote sind ein Weg, um Sicherheit zu erhöhen. Schutzkonzepte sind kein Makel, sie sind ein Qualitätssiegel für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.“

Der Aktionsplan umfasst 30 Maßnahmen. Den Schwerpunkt bildet der Präventionsbereich. So sollen beispielsweise Konzepte zum Schutz vor Gewalt, insbesondere vor sexualisierter Gewalt, an allen rund 800 allgemeinbildenden Schulen, Förderschulen und berufsbildenden Schulen des Landes etabliert werden. Ehrenamtliche wie etwa im Sport- und Feuerwehrbereich sollen dabei unterstützt werden, ebenfalls Schutzkonzepte zu entwickeln. Ein wichtiger Partner dabei ist das Ende 2025 gestartete Zentrum Kinderschutz. Es soll nicht nur Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, sondern vor allem auch Ehrenamtlichen, die im Freizeitbereich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, Hilfe anbieten und bei der Erarbeitung von Schutzkonzepten unterstützen.

Die Staatskanzlei und alle Ministerien haben sich darauf verständigt, bei neuen oder zur Überarbeitung anstehenden Förderrichtlinien sowie Verträgen für Projekte und Vorhaben, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zu prüfen, ob das Vorliegen eines Gewaltschutzkonzeptes als Regelungsinhalt aufgenommen werden kann. Auch wirbt der Aktionsplan dafür, dass alle Ausbildungsrahmenpläne und Curricula von Ausbildungs- und Studiengängen mit dem Berufsziel, später mit Kindern zu arbeiten, verbindliche Module zur Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen enthalten – etwa für Lehrkräfte, Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Eingliederungshilfe, im medizinischen Bereich sowie für die Polizei. Als eine profunde Grundlage werden die von der Hochschule Merseburg entwickelten Module für grundständige Lehramts-Studiengänge zu den Themen sexuelle Bildung und Prävention angesehen. Damit soll sichergestellt werden, dass neue Fachkräfte beim Berufsstart über Kenntnisse im Bereich Missbrauchsprävention verfügen. Aktuell sind vielfach nachträgliche Schulungen erforderlich.

Die Notwendigkeit des Aktionsplans wird durch die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik unterstrichen: Im Jahr 2025 wurden in Sachsen-Anhalt 470 Kinder Opfer sexuellen Missbrauchs. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen, da von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen ist. Zugleich weist die Statistik einen deutlichen Anstieg von Missbrauchsdarstellungen im Internet aus. Im Vergleich zum Jahr 2024 stieg die Zahl der registrierten Fälle bei Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern um 27 Prozent, bei Darstellungen des Missbrauchs von Jugendlichen um 46 Prozent.

Impressum: Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle Hegelstraße 42 39104 Magdeburg Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667 Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de